



Umstrittenes Einfrieren von Preisen zur Inflationsbekämpfung

Eine Herausforderung in Argentinien bleibt nach wie vor die steigende Inflation. Allein in der ersten Oktoberhälfte stiegen ausgewählte Lebensmittel um zehn bis zwanzig Prozent im Vergleich zum Vormonat. Um die steigende Inflation zu bremsen, beschloss die Regierung das Einfrieren der Preise von 1.432 Konsumgütern des täglichen Gebrauchs bis zum 7. Januar 2022. Vertreter entscheidender Verbände zeigten sich hinsichtlich der eingeführten Preiseinfrierung skeptisch und warnen vor Lieferengpässen. Internationalen Erfahrungen zufolge behebe diese Maßnahme nicht die Ursachen der Preissteigerung. Ein Streitpunkt ist vor allem die Aufnahme von Premiumprodukten in den Listen der Regierung, wie etwa teure Alkoholmarken. Erhebungen ergaben außerdem, dass die Mehrheit der Supermärkte bereits jetzt nicht genügend Vorräte der ausgewählten Produkte haben. Eine weitere Strategie der Regierung ist die landesweite Dezentralisierung der Märkte. Dadurch sollen die Wertschöpfungsketten verkürzt und das regionale Produktangebot erweitert werden. Das Handeln der Regierung gegen sämtliche marktwirtschaftliche Prinzipien macht deutlich, dass Präsident Alberto Fernández versucht, die Gunst der Wähler nun durch einige taktische, mittel- und langfristige jedoch eher schädliche Maßnahmen wiederzugewinnen.

Zumindest Fortschritte bei der Covid-19-Impfkampagne sorgten für gute Stimmung – 56,9 Prozent der Gesamtbevölkerung sind vollimmunisiert und inzwischen werden auch Kinder geimpft (Stand: 29.10.2021). Seit dem 1. November sind die Landesgrenzen für den internationalen Tourismus geöffnet.

Ermittlungen gegen Ex-Präsident Mauricio Macri: Suche nach Gerechtigkeit oder politische Verfolgung?

Ein dramatischer Vorfall aus der Zeit der Präsidentschaft von Mauricio Macri (2015-2019) rückt erneut in den öffentlichen Diskurs. Ende 2017 war das U-Boot *ARA San Juan* der argentinischen Marine versunken. Alle 44 Besatzungsmitglieder kamen bei dem Unglück ums Leben. Gegen den ehemaligen Amtsinhaber Macri wird nun ermittelt, da der argentinische Geheimdienst während seiner Amtszeit angeblich illegal Familienangehörigen der Vermissten ausspionieren ließ. Es ist fraglich, ob die Ermittlungen überhaupt rechtlich konform und verwertbar sind oder als Wahlkampfkampagne gegen *Juntos por el Cambio* genutzt werden.

Terror in Patagonien

In der Provinz Río Negro wurde in mehrere Privatgrundstücke eingedrungen und Feuer gelegt. Die Anschläge werden den gewalttätigen Anhängern der *Resistencia Ancestral Mapuche* zugeschrieben. Dies ist eine Vereinigung, welche Landrechte des Mapuche-Volkes vor allem in der Region Patagonien einfordert. Die Mehrheit der Mapuche-Bevölkerung distanziert sich ausdrücklich von den Attentaten der *Resistencia Ancestral Mapuche*. Bereits 2017 war die Organisation aufgrund einer Serie heftiger Auseinandersetzungen auf die Titelseiten der führenden Medien gelangt. Die Oppositionsallianz *Juntos por el Cambio* zeigte Präsident Alberto Fernández (*Frente de Todos*) und Sicherheitsminister Aníbal Fernández angesichts der gegenwärtigen ausbleibenden Hilfe für die betroffenen Gebiete in Patagonien an. Auch im Nachbarland Chile wurden im Oktober gewalttätige Übergriffe gemeldet. Chiles Präsident Sebastián Piñera rief daher bereits den Notstand aus, um die Proteste zu befriedigen. Eine zeitnahe Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht.

